



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Analyse der Baugenehmigungszahlen: Warum ein Ende der Wohnungsknappheit nicht absehbar ist

Berlin, 20. November 2018: „Trotz steigender Baugenehmigungszahlen ist ein Ende der Wohnungsknappheit nicht absehbar. Mehrere Indikatoren lassen zudem befürchten, dass der Anstieg nur von kurzer Dauer sein könnte. Mit kosmetischen Korrekturen kann die GroKo hier keine Trendwende herbeiführen“, kommentierte BFW-Präsident Andreas Ibel die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Baugenehmigungszahlen von Januar bis September 2018. Demnach wurde in diesem Zeitraum in neu zu errichtenden Wohngebäuden der Bau von 233.000 Wohnungen genehmigt. Das waren 3,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Bei seiner Prognose verwies Ibel auf die aktuelle Konjunkturmfrage unter den BFW-Mitgliedsunternehmen. Diese sind für rund 50 Prozent des Wohnungsneubaus in Deutschland verantwortlich. „Fast 60 Prozent der Befragten haben festgestellt, dass sich die Rahmenbedingungen für den Neubau im vergangenen Jahr weiter verschlechtert haben. Die größte Hürde ist laut 97 Prozent die fehlende Verfügbarkeit von Baugrundstücken.“

Auch die administrativen Hürden sind laut den Befragten im vergangenen Jahr noch größer geworden, so Ibel. Dabei führt jeder zweite die zeitaufwendige, bürokratische Kommunikation mit den Behörden in Verbindung mit sehr langen Planungs- und Genehmigungsverfahren auf.

Daneben wird der Mangel an Baukapazitäten zum immer größeren Hemmnis für den Wohnungsneubau. Rund drei Viertel der Befragten finden es schwieriger, auf dem Markt freie Kapazitäten - etwa Fachplaner und Baufirmen – zu finden. „Hier zeigt sich: Sowohl die Immobilien- als auch die Bauwirtschaft benötigen dringend stabile und langfristige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, damit sie die notwendigen Investitionen in die Ausbildung von Nachwuchs vornehmen kann.“

Mit den unrealistischen Fördergrenzen bei der Sonderabschreibung habe die GroKo jedoch eine Chance vertan, einen Impuls für mehr Neubau zu setzen. „Was wir für eine wirkliche Trendwende bei den Baugenehmigungen brauchen, ist der klare politische Willen für mehr Neubau – und zwar bei Bund, Ländern und Kommunen“, forderte Ibel. „Jetzt müssen mehr Bauflächen aktiviert, die Planungs- und Genehmigungsverfahren

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

vereinfacht und beschleunigt und der Vorschriftenschungel gelichtet werden. Nur so erhalten Investoren und Bauträger jene Planungssicherheit, die sie für Investitionen in den Neubau und den eigenen Nachwuchs so dringend brauchen!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de